



Erscheint täglich Nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis vierteljährlich für Halle und durch Posten 2 Mark.

Ämtliches Verordnungsblatt für die Stadt Halle.

Zur Verlage von Reinhold Nietschmann. Fernsprecher nach Berlin und Leipzig. Anschluss Nr. 289.

Insertionspreis für die fünfgepaltenen Corps-Beile oder deren Raum 12 Pf.

Reclamen vor dem Tageskalender die drei gepaltene Feittzeile oder deren Raum 30 Pf.

Nr. 211.

Dienstag, den 10. September 1889.

90. Jahrgang.

Deutschland und Rußland.

Halle, 9. September.

* Der Umstand, daß noch immer nicht festgestellt, ob und wann Zar Alexander III. den Besuch erwidern wird, welchen ihm unser Kaiser beim Antritte seiner Regierung in überaus solennem Maße abstattete, hat zu lebhaften Erörterungen in der Tagespresse Anlaß gegeben und vielfach sogar Kriegsbeschlüssen wachgerufen. Unseres Erachtens liegt zu einer derartigen Auffassung der Lage kein Grund vor. Es ist selbstverständlich, schreibt die „Schl. Ztg.“, daß der russische Kaiser die Pflicht der Conuenienz erfüllen und seinen Gegenbesuch am deutschen Kaiserhofe abwarten muß, aber es ist keineswegs selbstverständlich, daß dies noch im Laufe dieses Jahres geschehen muß. Am 29. März 1881 stattete König Victor Emanuel mit seiner Gemahlin, begleitet von seinem Ministerpräsidenten und seinem Minister des Aeußeren dem Kaiser Franz Josef in der Wiener Hofburg einen mehrtägigen feierlichen Besuch ab, bis zur Stunde aber ist dieser Besuch unerwidert geblieben. Bis jetzt ist sogar noch kein Mitglied des österreichischen Kaiserhofes auf italienischem Boden erschienen. Während der letzten Jahre nach jenem Besuche zeigte sich die öffentliche Meinung Italiens in Folge dieser Unterlassung lebhaft erregt, die Sredenta bemächtigte sich der Sache und bereitete der Regierung nicht geringe Verlegenheiten. Alles das aber hat nicht gehindert, daß die politischen Beziehungen zwischen den Cabineten von Wien und Rom sich überaus freundschaftlich gestaltet und daß beide Mächte sich schließlich in der mitteleuropäischen Allianz zusammenfanden. Fragen der böhmisches Conuenienz sind in unseren Tagen für die Gestaltung der internationalen Beziehungen nicht mehr entscheidend. Aus der bisherigen Verabredung des Gegenbesuches des Zaren am deutschen Kaiserhofe darf daher auch für die Beziehungen Rußlands zu Deutschland ein Schluss nicht gezogen werden. Ueberdies aber haben wir guten Grund zu der Vermuthung, daß die persönlichen Beziehungen zwischen den Kaisern Wilhelm II. und Alexander III. durchaus freundschaftlicher Art sind.

Wenn der Gegenbesuch des Zaren einstweilen unterbleibt, so liegt wahrlich nicht der mindeste Grund vor, heraus politischen Schlüsse zu ziehen oder gar, wie vielfach geschieht, einen nahen Krieg zu verkünden. Trüge sich Rußland wirklich mit dem Gedanken eines Orientskrieges gegen Deutschland, so würde sein Kaiser es gewiß am allerwenigsten unterlassen, sich zum letzten Augenblicke den konventionellen Pflichten internationaler Höflichkeit gerecht zu werden. Jegendwache überzogene Gründe dafür, daß die russische Regierung sich mit solchen Angriffsplänen trägt, liegen aber überhaupt nicht vor. Allgemeine Redensarten, wie die, daß ein fürchterlicher Zusammenstoß zwischen der slawischen und der germanischen Welt unvermeidlich sei, beweisen für die aktuelle Politik nicht das mindeste. Wäre wirklich ein solcher Zusammenstoß unvermeidlich, so bliebe es doch noch immer fraglich, in welchem Jahrtausend oder wenigstens in welchem Jahrhundert sich derselbe vollziehen werde. Wir für unsere Theil betheiligen diese Unvermeidlichkeit. Deutschland hat keinen Expansionsdrang nach Osten und Rußland kann einen solchen nach Westen. Rußlands letzte Eroberung in westlicher Richtung liegt um ein Jahrhundert hinter uns, und seitdem ist nie ein Symptom zutage getreten, daß es über die damals gewonnene Grenze hinausdränge. Wir besitzen keineswegs, daß in einem großen Theile des russischen Volkes, soweit dieses überhaupt politisch denkt, Haß und Eiferlucht gegen Deutschland lebendig sind. Der Haß, der noch vor fünfzig Jahren das kaum 14 Millionen Einwohner zählende Preußen als einen Vallenkrieger betrachtete, der wesentlich dazu beitrug, dem russischen Einflusse in Europa dienlich zu sein, kann es nicht verschmerzen, daß dieses selbe Preußen heute nicht nur von Rußland vollständig unabhängig ist, sondern als die Vormacht Deutschlands die erste Macht Europas darstellt. Das russische Nationalgefühl leidet unter dieser Thatsache um so mehr, als gerade die Politik Rußlands dem aufstrebenden Preußen vielfach förderlich war. In dem mitteleuropäischen Friedensbunde, den Deutschland geschlossen hat und welcher Oesterreich einen starken Rückhalt gewährt, erkennt der Haß eine Fessel, die ihn bindert, seinen Zielen, die er im Orient verfolgt, im Wege der Eroberung näher zu kommen. Sein Haß gegen diese Friedensliga trifft vor allem Deutschland als deren Urheber. Das alles aber kann für die russische Politik kein Grund sein, Deutschland und dessen Verbündeten den Krieg zu erklären, denn ein solcher Krieg würde nur einen Sinn haben, wenn es möglich wäre, die Macht Deutschlands vollständig zu brechen. Soweit aber verleiht sich auch die Phantasie der heftigsten Panfilaristen nicht, Rußland, seinem ganzen Wesen nach ein

erobender Staat, wird die gewaltige Kriegsmacht, die es sich im Laufe der letzten Jahrzehnte geschaffen hat, nur dann einsetzen, wenn sich Gelegenheit und Aussicht bietet, das im fernem Südosten gelegene Ziel zu erreichen, dem es seit den Tagen Peters des Großen unablässig zustrebt. Von allen Staaten Europas aber ist Deutschland derjenige, welcher das geringste Interesse daran hat, ihm dieses Ziel zu verlegen. Oesterreich, England, Italien und selbstverständlich die Türkei widerstreben jedem Vordringen Rußlands in der Richtung auf den Bosporus und die Dardanellen aufs allerentschiedenste. Frankreich, das heute mit Rußland verbündet, hat den Krimkrieg geführt, um Rußland von Konstantinopel fernzuhalten und würde auch heute sehr wesentliche eigene Interessen offen, wollte es ihm über den Weg dahin gehen. Unser leitender Staatsmann aber hat in seiner großen Rede vom 6. Februar vorigen Jahres vor dem deutschen Reichstage und damit vor der gesammten Welt erklärt, daß Deutschland im Mittelmeere und in der Levante kein Interesse habe und ohne irgend eine Verbindlichkeit zu verlegen, durchaus in der Lage sei, es den dort interessirten Mächten anheimzugeben, sich mit Rußland zu schlagen oder zu vertragen. Unser solcher Verhältnisse ist doch kaum anzunehmen, daß Rußland, dem stets concrete Ziele vor Augen schweben, den casus belli vom Jahre brechen werde, einzig und allein, um dem Haße der Panfilaristen gegen Deutschland genug zu thun. Es ist dies um so weniger denkbar, als Rußland besten Falles eine vollständig ausgerüstete Oeffenbarmer von höchstens 800000 Mann über seine Westgrenze zu führen vermag, welcher Oesterreich und Deutschland auch in dem Falle, daß letzteres sich im Vereine mit Italien eines französischen Angriffes zu erwehren hätte, sofort wohlgerüstete, auf die besten Kommunikationen gestützte und über alle Hilfsmittel der modernen Kultur gebietende Vertheidigungsarmee in der Gesammtheit von 2 Millionen gegenüberzustellen in der Lage sind.

Die einzige offene europäische Frage ist zurzeit die bulgarische. Fürst Bismarck hat sich in seiner wehrmännischen Rede gerade in dieser Frage sehr entschieden auf die Seite Rußlands gestellt; er hat anerkannt, daß der gegenwärtige Zustand in Bulgarien dem Berliner Vertrage nicht entspricht, daß vielmehr Rußland diesem Vertrage gemäß das Recht habe, in Bulgarien die Oberhoheit zu übernehmen. Ein nur annähernd ähnlichen Standpunkt hat sein einziges der europäischen Cabinete eingenommen, Crispien, der italienische Minister des Aeußeren, hat sich wiederholt für die absolute Selbständigkeit der Balkanstaaten und gegen jeden Einfluß Rußlands ausgesprochen. Graf Kaulovsky und Lord Salisbury haben den gegenwärtigen Zustand in Bulgarien gleichsam formal anerkannt, indem sie den Prinzipien von Coburg und seine Regierung in der parlamentarischen Arena lobten und priesen. Frankreich hat sich in dieser Beziehung völlig in Schweden gehalten. Deutschland ist also die einzige Macht, welche Rußland in diesem Punkte ein moralische Stütze gewährt. Auch das spricht doch sehr entschieden gegen die Behauptung, daß im nächsten Frühling Rußland zu einem Angriffskriege gegen Deutschland schreiten werde. Bulgarien ist für Rußland wenigstens insoweit eine Stütze auf dem Wege zu den Meerengen, als letzteres eine ihm feindliche oder feindlichen Einflüssen zuzugängliche Macht am Situate des Schwarzen Meeres nicht bilden kann. Die bulgarische Frage wird daher für Rußland stets im Vordergrund der Interessen stehen. Die große Zurückhaltung, welche es schon eine Reihe von Jahren hindurch in dieser Frage beobachtet und die scheinbare Nichtbeachtung, welche es den fast eine Weichhölzung scheinenden Neben Kaulovsky's und Salisbury's zuzufolge werden ließ, hätten uns in dieser Beziehung nicht täuschen. Entweder beabsichtigt sich Rußland dabei, seine Kriegsmacht zu verstärken und seine Truppen so zu dislociren, daß dieselben im geeigneten Augenblicke zur Action bereit sind. Den geeigneten Augenblick aber dürfte Rußland erst dann als gekommen erachten, wenn entweder in der heutigen Staatengruppierung Europas eine ihm glänzliche Vertheilung eintritt oder der Erdtheil von einem Kriegsebrande erfasst wird, der ihm im Orient mehr oder weniger freie Hand schafft.

Nach alledem ist an einen improvisirten Angriffskrieg gegen Deutschland nicht zu glauben, mag nun der Zar in diesem Herbst keinen Gegenbesuch abstatten oder mag er ihn unterlassen.

Politische und Tages-Chronik.

Halle, 9. September. Aus den Erwägungen, welchen man neuerdings in Regierungskreisen über die Erreichung der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst begegnet ist, hat man vielfach den Schluss ziehen wollen, daß in dieser Beziehung wichtige gesetzliche Veränd-

ungen für die nächste Zeit zu erwarten seien. Sicherem Vernehmen nach ist diese Folgerung durchaus unberechtigt. Bekanntlich schwebt seit längerer Zeit die Absicht, einzelne Bestimmungen bezüglich des einjährig-freiwilligen Dienstes abzuändern. Es lag in dieser Beziehung eine Reihe von Vorschlägen zur Erwägung vor, welche sich jedoch mehr oder minder als unausführbar erwiesen haben, und es ist zur Zeit noch nicht abzusehen, zu welchem Zeitpunkt Veränderungen wirklich eintreten möchten. Dagegen ist man jetzt, und zwar, wie es heißt, sehr erfolgreich bemüht, aus den Reihen der Einjährigen besonders befähigte Kräfte zu Unterofficieren auszubilden, ein System, von welchem man bekanntlich viele Jahre hindurch nichts wissen wollte.

Berlin, 8. September. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Die Zeitungen beschäftigten sich neuerdings mit dem Rücktritt des Finanzministers von Scholz und behandelte denselben als eine ausgemachte Thatsache. Wir sind in der Lage, die betreffenden Nachrichten als missliche Erfindungen zu bezeichnen; Herr v. Scholz ist augenblicklich und hat zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen längeren Urlaub angetreten. Von einem Rücktritt des Ministers ist in amtlichen Kreisen nichts bekannt.

Danzig, 8. September. Der letzte Vereinsstag des „Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ wurde heute hier abgehalten. Nachdem bereits gestern Vormittag eine Versammlung des Vorstandes abgehalten worden war, fand Abends 8 Uhr eine zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher Abgeordneter Richter-Danzig über die hauswirthschaftliche Erziehung der Mädchen aus dem Volke sprach und Pastor Hirsch Vintor über einige praktische Erfahrungen aus den Trinkerheilstalten. Heute Vormittag 10 Uhr wurde der Vereinsstag im Bildungs-Vereinshaue unter Vorsitz des vormaligen Vorsitzers v. Stubbell eröffnet. Der Oberpräsident v. Leipziger begrüßte die Versammlung im Namen der Staatsregierung, der Oberbürgermeister v. Winter im Namen der Stadt Danzig. Der Vorsitzende theilte hierauf mit, daß der Geschäftsführer des Vereins, Lammerz-Bremen, unerwartet am Erkranken verhindert sei. Darauf wurde die Rechnung für 1888 auf den Bericht der Revisoren genehmigt, und vom Pastor Hirsch ein eingehender Bericht über die segensreiche Thätigkeit der Trinkerheilstalten erstattet. Die Ausführungen des letzteren führten nach längerer Diskussion, in welcher auch die beabsichtigte Errichtung eines Trinkerheilstaltes für Westpreußen berührt wurde, zur Annahme einiger leiblicher Beschlüsse für die Verwaltung solcher Anstalten, und wies auch darauf hin, daß eine gesetzliche Regelung der einschlägigen Fragen, namentlich der bereits vom vorigen Jahrstages beantragten Entmündigung gemeinschaftlicher Wohnortstrinker, zu wünschen sei. — Um 1 Uhr wurde der Vereinsstag geschlossen.

Kiel, 8. September. Die abgehenden Mannschaften S. M. Kreuzer „Adler“ und S. M. Kanonenboot „Eber“ sind Nachmittags 2 Uhr hier eingetroffen und vom Viceadmiral Knorr, sowie dem Offizierscorps begrüßt worden. Eine taubstümmige Menge hatte sich bei der Ankunft eingefunden und geleitete die Angekommenen im Triumphzuge nach dem Schloßhof, wo Sr. Königl. Hoheit Prinz Heinrich eine Ansprache an dieselben hielt. Sr. Königl. Hoheit führte darin aus, es sei den Heimkehrenden vergönnt gemeldet, in hervorragender Weise und in bestem Maße ihre Pflicht im Auslande zu erfüllen; sie hätten sich als brave Söhne des Vaterlandes und als Deutsche von echtem Schrot und Korn gezeigt und nicht im blutigen Kampfe mit dem Feinde, sondern auch im Kampfe gegen die Elemente ihre Treue bis in den Tod bewährt; er halte sich daher für berechtigt, die Kameraden vom „Eber“ und vom „Adler“ im Namen Sr. Majestät des Kaisers, der oft mit ihm von ihnen gesprochen, und welcher jeden wahrhaft tapferen Mann wie Seinen Sohn lieb habe, zu bewillkommen.

Bremen, 8. September. Nach einem der höchsten Geographischen Gesellschaft aus Tromsø ausgegangenen Telegramm sind die von der Gesellschaft zu zoologischen Forschungen in dem Eismeer abgeordneten Wissenschaftler, Dr. Knechtel und Dr. Walter, mit erfreulichen Resultaten wohlbehalten nach Tromsø zurückgekehrt.

München, 8. September. Zur großen Verblüffung der Ultramontanen veröffentlichten die liberalen Reichstern den Anruf zum bairischen Katholikentag, in dem die Katholiken eingeladen sind, öffentlich ihre Dankbarkeit für die episcopale Fürsorge zu bezeugen und die Einschränkung der episcopalen Rechte zu beklagen. Die Katholiken, so heißt es weiter, sollen bestrift sein, solche Hemmnisse zu beseitigen und der Kirche ihre gebührende

